

7. Solaranlagen auf den Flachdächern

Antrag des Regierungsrates vom 7. März 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 8. April 20225

KR-Nr. 10a/2021

Ratspräsident Beat Habegger: Ich möchte Ihnen mitteilen, dass der Baudirektor, Regierungspräsident Martin Neukom, heute leider krank ist. Wir wünschen ihm rasche und vollständige Genesung und müssen heute die Beratung der folgenden Geschäfte der Baudirektion halt ohne seine Anwesenheit durchführen. Ich glaube, wir schaffen das, wir fangen mal an mit diesem Postulat.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, im Planungs- und Baugesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglicht, Solaranlagen auf Flachdächern im Meldeverfahren zu bewilligen.

Per 1. Januar 2023 passte der Regierungsrat die Bauverfahrensverordnung an, so dass heute viele Solaranlagen im Meldeverfahren bewilligt werden können, insbesondere auch solche auf Flachdächern. Somit ist die Forderung des Postulats vollständig erfüllt. Dieser erfreulichen Feststellung gibt es nichts anzufügen.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Der Wortlaut der ursprünglichen Motion beziehungsweise des danach überwiesenen Postulats war äusserst kurz, die Begründung ebenso, der Antrag des Regierungsrats genauso. Der Präsident der Kommission bleibt auch kurz, deshalb bleibe ich auch kurz: Wir sind für Abschreiben des Postulats.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Es geht also doch, Prozesse zu vereinfachen. Ich danke dem Regierungsrat, dass er sich in Bern dafür eingesetzt hat, damit alle Solaranlagen auf Flachdächern in Arbeits-, Wohn- und Landwirtschaftszonen nur noch ein Meldeverfahren brauchen. Ich lade den Regierungsrat ein, dieses Postulat als Startschuss für eine Entrümpelung des PBG (*Planungs- und Baugesetz*) zu nehmen. Dieses Selbstverwirklichungsgesetz für Verwaltung, Fachverbände und Gerichte ist dringend mit viel Mut zu entrümpeln. Der Kanton Zürich soll wieder bürgernaher werden. Die FDP stimmt der Abschreibung des Postulats zu. Herzlichen Dank.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Zuerst möchte ich dem kranken Regierungspräsidenten, Martin Neukom, ein Kompliment machen: Er sucht in der Energiepolitik immer wieder nach pragmatischen Lösungen. Das ist genau das, was wir brauchen, keine ideologischen Grabenkämpfe, sondern konkrete Schritte, die

uns beim Umbau der Energieversorgung wirklich voranbringen. Deshalb können wir auch dieses Postulat abschreiben, denn es wurde von der Realität eingeholt, wie schon von anderen Rednern betont.

Ein Blick zurück zeigt, wie schnell sich in den letzten Jahren etwas bewegt hat. Die Schweiz hat beim Ausbau der Solarenergie einen unglaublichen Schub erlebt. Noch vor wenigen Jahren war Photovoltaik ein Randthema, heute deckt sie bereits 15 Prozent unseres Stromverbrauchs. Das ist ein beachtlicher Erfolg, auf den wir stolz sein dürfen. Gerade dieser schnelle Zubau zeigt aber auch unsere Verantwortung, denn die Solarenergie wird nach der Abschaltung der uralten und nicht verlässlichen AKW zusammen mit der Wasserkraft die tragende Säule der zukünftigen Stromproduktion in der Schweiz sein. Wir müssen deshalb alles daran setzen, dass dieser Ausbau weiterhin zügig weitergeht. Das heisst, wir brauchen gute Rahmenbedingungen, eine faire Abnahme und stabile Investitionssicherheit. Gleichzeitig müssen wir Sorge tragen zu dem, was hier bereits erreicht wurde, damit nicht durch politische Unsicherheit oder unnötige Hürden der Schwung wieder verloren geht.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Das im Postulat geforderte Anliegen war richtig und wichtig. Wir wollen eine pragmatische Lösung, damit Solaranlagen auf Flachdächern im unkomplizierten Meldeverfahren realisiert werden können. Inzwischen hat der Bund mit der Revision der Raumplanungsverordnung die hier geforderte Regelung geschaffen. Damit ist das Ziel erreicht, ohne dass es auf kantonaler Ebene zusätzlicher Gesetzesanpassungen bedarf. Es ist erfreulich, dass sich der Kanton Zürich im Vernehmlassungsverfahren für eine ausgeweitete Anwendung des Meldeverfahrens eingesetzt hat. Das zeigt, dass wir nur gemeinsam auf allen Ebenen an einem Strang ziehen müssen, wenn es darum geht, die Solaroffensiven unbürokratisch und praxisnah umzusetzen. Die Mitte dankt dem Regierungsrat für den Bericht und stimmt der Abschreibung des Postulats zu. Besten Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 10/2021 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.